



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace · Comité d'Action Service pour la Paix

**Dokumentation der Studientagung der**  
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

**„Vorrang – Nachrang – kein Rang? Gewaltverzicht  
und politische Praxis“**

vom 30. Mai bis 1. Juni 2008 in Kassel

Blücherstraße 14  
D - 53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0  
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de  
www.friedensdienst.de

Postbank Köln  
BLZ 370 100 50  
Konto 249 083-508

KD-Bank eG  
Duisburg

BLZ 350 601 90  
Konto 10 11391 016

Anlass für die Tagung waren die zehn Thesen von Ullrich Hahn, Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes Deutscher Zweig, „Vorrang oder ausschließlich? Thesen zum Gewaltverzicht“ von Mai 2007 [u.a. [www.friedenskooperative.de/ff/ff07/4-52.htm](http://www.friedenskooperative.de/ff/ff07/4-52.htm)]. Die Thesen sind ein Kommentar u.a. auf das AGDF-Projekt „Vorrang(ige Option) für Gewaltfreiheit“ und die Initiative von BSV, AGDF u.a. „Vorrang für Zivil“. In der durch die Thesen ausgelösten Diskussion – sei es im Forum Pazifismus, Schalom-Brief oder in internen Tagungen vom Oekumenischen Dienst Schalomdiakonat, ORL oder der Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden – ging es u.a. um grundsätzliche Fragen wie das Menschenbild und Politikverständnis von Pazifist/innen sowie um politische Handlungsstrategien.

Durch die Studientagung sollte nach der Einladung, die an Mitglieder der AGDF und befreundete Organisationen ging, der aufgezeigte Konflikt genutzt werden, die Differenzen (wieder) aufzugreifen und dadurch wichtige Anregungen für die Praxis zu gewinnen. Gemeinsam formulierte ethische Grundlagen und Kriterien sollten dem politischen Handeln in der Friedensbewegung eine gemeinsame Basis schaffen.

Die Studientagung wurde von einer Arbeitsgruppe mit Ullrich Hahn (VB), Jakob Fehr (Church and Peace/DMFK), Ute Finckh (BSV), Jan Gildemeister (AGDF), Bernd Rieche (AGDF), Rainer Stiehl (OeD) und Renate Wanie (Werkstatt) vorbereitet und durchgeführt, von denen zwei leider nicht teilnehmen konnten. Das Programm der Tagung ist Anlage 1 der Dokumentation<sup>1</sup>.

Seine Begrüßung am Freitagabend beendete Jan Gildemeister mit einem Zitat aus dem Statement von Joachim Garstecki bei dem Jubiläumskongress von Pax Christi am 4. April mit Blick auf den Pazifismusstreit 1995-1997: „Wir können, meine ich, heute sehr viel gelassener mit der ewig-unvermeidlichen Debatte über die Gewaltfreiheit umgehen als vor 13 Jahren. Denn die gemeinsame Schnittmenge, die im Streit zwischen bekennenden Total-Pazifisten und politischen Pragmatikern in Pax Christi zu gewinnen ist, ist die Minimierung vorhandener Gewalt. Um nicht mehr und nicht weniger geht es, und deshalb brauchen beide, die Total-Pazifisten und die politischen Pragmatiker, einander, und Pax Christi braucht beide. Herbert Froehlich, unser vor drei Jahren verstorbener Geistlicher Beirat, hat uns einen Satz hinterlassen, der Auskunft darüber gibt, wie ‚Überwindung von Gewalt‘ gelingen kann: ‚Jede Aktion, jeder Schritt, jeder politische Erfolg, mit dem vorhandene Gewalt verringert wird, vergrößert den Handlungsspielraum der Gewaltfreiheit und bringt uns einer Welt in Gerechtigkeit und Frieden näher.‘“

Nach einer Vorstellungsrunde und einem Austausch in Kleingruppen notierten die insgesamt 16 Teilnehmenden (siehe Teilnehmendenliste (Anlage 2) ihre Erwartungen auf Karten (Anlage 3).

---

<sup>1</sup> Auf einen ausgearbeiteten Bericht bzw. eine umfassendere Dokumentation musste aufgrund fehlender Ressourcen verzichtet werden. Diese Dokumentation dient daher primär als „Erinnerungshilfe“ für die Teilnehmenden.

Am Samstag früh folgten die **Referate** von Ullrich Hahn und Ute Finckh, in der sie auf die o.b. Thesen und die schriftlichen Reaktionen Bezug nahmen und ihre jeweilige Position erläuterten (Anlage 4, 5).<sup>2</sup>

Die anschließende Diskussion fand in den folgenden drei **Arbeitsgruppen** statt<sup>3</sup>:

Die Arbeitsgruppe „Wahrheit und Sprache“ sammelte folgende Stichworte (mit Erläuterungen)<sup>4</sup>

- Subjektive Wahrheit: Grundposition und Veränderbarkeit  
Statt „absolute Wahrheit“ könnte von „erkennbarer Wahrheit“ gesprochen werden. Eine gewaltfreie Grundposition bedeutet nicht, dass sich die Positionierung im Konkreten nicht verändern kann (und dass es hierfür eine Bereitschaft geben sollte). Die Richtung (Menschlichkeit etc.) sollte aber in jedem Fall erkennbar sein.
- Offenheit + ernsthafter Dialog:  
Wird als zentral angesehen, einschließlich der Bereitschaft, seine eigene Position anfragen zu lassen.
- Eigenen Standpunkt profilieren (wahrhaftig) versus Brücken bauen  
wird als zentral für die referierten Ausgangspositionen bzw. Politikansätze angesehen. Sie werden kritisch diskutiert, z.B.: Ist es nicht problematisch, wenn jede/r mit dem Ziel in den Dialog geht, um den anderen von seiner Position zu überzeugen? Sollte das Ziel nicht eher sein, „ein Stück des Weges mit dem politisch Andersdenkenden gemeinsam zu gehen“? Sollte eine Position lieber klar erkennbar und eindeutig sein („Weg und Ziel – nur zivil“) oder ist es wichtiger, Brücken für ein Gespräch zu bauen?
- Begriff „Vorrang“ zeitlich oder wertend? Nachrang?  
Der Begriff wird unterschiedlich interpretiert bzw. gelesen, was wesentlich zum konkreten Dissens beigetragen hat.
- Arbeit mit belastbaren Hypothesen (verifizieren / falsifizieren)  
anstelle mit Thesen oder Forderungen?

Die Arbeitsgruppe, die alle Aspekte der Referate diskutierte, sammelte folgende Stichworte:

- zwei in sich stimmige Konzepte bei den Referaten  
Sie wurden als wahrhaftig wahrgenommen. Die Radikalität der Position von Ullrich Hahn wird geschätzt, auch da sie zu Klärungen führt.
- „Entweder – oder“ versus „sowohl als auch“; -> qualitativ neue Lösungen suchen  
ersteres könnte dazu führen, dass man verschlossen ist für Alternativen, das zweite dazu, dass durch die Öffnung für andere Positionen die eigene Linie verloren geht. Manchmal ist es hilfreich, völlig neue Lösungsansätze (jenseits der offensichtlichen Kontroverse) zu suchen.
- verschiedene Wahrheiten  
nicht die eine Wahrheit
- Wahrheit vs. bewusste Lüge / blinde Flecken  
also Offenlegen von unbewussten Lügen
- Strukturelle Gewalt nicht aus dem Blick verlieren  
und nicht nur auf die offensichtliche militärische Gewalt konzentrieren

---

<sup>2</sup> Die Referate sollen in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Forum Pazifismus“ veröffentlicht werden.

<sup>3</sup> Im Programm wurden die folgenden AG-Themen angeregt zu „Mit der Haltung eines Gewaltverzichts in der politischen Praxis“

- a) Beispiele aus Bündnisarbeit und Kampagnen – „die Stärke der Zahl hat auch schwache Seiten“
- b) Die Sprache von Aufrufen, Resolutionen und Kampagnen – Wirksamkeit versus Legitimation
- c) Wie abhängig wird Zivilgesellschaft, wenn die Geld vom Staat bekommt
- d) Die Polizei als kleinster gemeinsamer Nenner aller Gutgesinnten

<sup>4</sup> Im Folgenden werden die von den Arbeitsgruppen auf Karten notierten Stichworte dokumentiert und entsprechend der im Plenum gegebenen Erläuterungen erläutert.

- „Heroismus“ (auch) bei Gewaltfreien lenkt evtl. von den (notwendigen) kleinen Schritten ab.

Die Arbeitsgruppe, „Polizei“ sammelte folgende Stichworte:

- Polizei arbeitet vor allem gewaltfrei:  
Die meisten Einsätze der Polizei erfolgen gewaltfrei – z.B. Einsatz bei Gewalt in Familien.  
Es ist schwierig eine Position zu vertreten, die Polizeigewalt ganz ablehnt.
- Waffen der Polizei fragwürdig, da mehr Missbrauch als „Nutzen“  
Eine Polizei ohne Waffen würde Gewalt weiter minimieren.
- Generell: Im Konkreten ist ein breites Bündnis möglich  
Hohe Komplexität von Gesellschaft führt zu unterschiedlichen Lebensentwürfen + Positionen,  
wichtig ist es, eine eigene Position zu beziehen. Komplexität lässt sich nicht auflösen.
- „eher“ grundsätzliche Haltung  
im Konkreten gibt es aber (tägliche) Kompromisse, so dass sich die Positionen eines „sowohl als auch“ und eines „entweder – oder“ angleichen.

Beispielhaft wurde dann unter der Fragestellung „**Wo stehen wir**“ kurz der Ansatz des AGDF Projektes „Vorrang für Gewaltfreiheit“ (ursprünglich: Vorrangige Option für Gewaltfreiheit“) vor- und zur Diskussion gestellt. Ziel des Projektes ist es, die Kirchen und kirchlichen Werke zusammen mit den christlichen Friedensdiensten zu ermutigen, sich durch eigene Anstrengungen und politische Lobbyarbeit für eine Stärkung der gewaltfreien Konflikttransformation weltweit einzusetzen. Konkret wird z.Z. an einem friedenspolitischen Papier (Buchprojekt) gearbeitet, das eine theologische Grundlegung, die Darstellung von Erfahrungen und Ansätzen der ZKB und Empfehlungen enthalten wird. Ein Kapitel wird sich auch mit militärischen Interventionen auseinandersetzen.

In der Diskussion wird das Projekt generell begrüßt. Es wird angemerkt, dass wir die Suche nach der richtigen Position für alle Christen einstellen und stattdessen die persönlich leistbaren Aufgaben als Christen auch tatsächlich anpacken sollten. Als unsere gemeinsamen ethischen Grundlagen werden die biblisch-jesuanischen Werte und Praxis und der Bewertungsmaßstab, was richtig, rational und in der Praxis vermittelbar ist, genannt. Über die unterschiedliche Gewichtung – grundsätzliche Haltung und konkretes, möglicherweise vermittelndes Handeln – kann nur im konkreten Einzelfall entschieden werden. Es wurde empfohlen sich die Zeit zu nehmen zu überlegen, wie Weg und Ziel in Übereinstimmung gebracht werden können. Weiter gab es noch einige konkrete Hinweise zur Überarbeitung des Papiers, die von den Autoren aufgenommen wurden.

Im Anschluss wird über den aktuellen Sachstand der Initiative „Vorrang für Zivil“ berichtet und deren Ansatz – politisch mehr Ressourcen für zivile Mittel zu fordern, damit das Militär in den Hintergrund tritt – erläutert. Dieser findet allgemeine Zustimmung, gewarnt wird hingegen davor, die Forderung als „Taktik“ in Situationen zu verwenden, in denen mit dem Begriff „Vorrang“ direkt oder indirekt der Einsatz von Militär (als „ultima ratio“) legitimiert wird.

Die **Visionen einer gewaltfreien Gesellschaft** fielen in den **Impulsen verschiedener Organisationen** sehr unterschiedlich aus. Der Oekumenische Dienst Schalomdiakonat begann mit Übungen aus seiner Kursarbeit: Phantasieübung: „Woran merkst Du, dass die Welt über Nacht gewaltfrei geworden ist?“ und: „Versuche, die Faust des Gegenübers zu öffnen“. Von Seiten der Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (KDV) wurde von den inhaltlichen Konsequenzen aus der Beratung von KDVer in S. einer Ablehnung von Pflichtdiensten generell und dem Ziel, Militär abzuschaffen und durch Recht (VN-Polizei) zu ersetzen. Eine Initiative im Versöhnungsbund plant konkret den Aufbau einer unabhängigen Soldatenseelsorge, die von außerhalb der militärischen Strukturen potentielle KDVer im Militär unterstützt<sup>5</sup>.

---

<sup>5</sup> Vgl. Forum Pazifismus 15 II/2007

Beim Friedenskreis Halle bestand 1989/90 die Hoffnung, dass deutsches Militär sich erübrigt hat. Die Gründer/innen verstehen unter Frieden einen Weg (Prozess) "zu einem partnerschaftlichen, gerechten und gewaltfreien Zusammenleben in Vielfalt." Es gilt für die Gestaltung des Zusammenlebens neue Wege zu suchen, zu finden und zu vermitteln, diese dabei aber auch zu hinterfragen. Permanente Veränderungen ergeben sich durch Begegnungen von Menschen. Insgesamt ist die Vision (und Praxis) des Friedenskreises zugleich geprägt von Pragmatismus und Vision. Bei der DFG/VK Baden-Württemberg wurde vor 30 Jahren das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ erfunden, das sowohl den (gewaltfreien) Weg, als auch das Ziel (ohne Waffen leben) beschreibt. Es wurde von AGDF und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für die Friedenswochen und -festivals übernommen. An dieser Stelle wurde auf das Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ für die Friedensdekaden in der DDR und die Ausstellung „der gefährliche Schmied“ hingewiesen.

Vom Bund für Soziale Verteidigung wurde berichtet, dass er von deutscher Seite aus zusammen mit dem Forum Ziviler Friedensdienst an der „Nonviolent Peace Force“ mitarbeitet, einer 2002 gegründeten internationalen Initiative. Sie hat z.Z. internationale Teams von Friedensfachkräften u.a. in den Philippinen und Sri Lanka im Einsatz, die Konflikte deeskalieren helfen und lokale Kräfte schützen sollen. Die Vision (Utopie) ist der Einsatz von 10.000 oder gar 100.000 Leuten. Hingewiesen wurde in der Runde auch auf das Motto eines Bündnisses von Friedensinitiativen „Unsere Zukunft - atomwaffenfrei“ (Vgl. <http://www.atomwaffenfrei.de/>).

In der **Schlussdiskussion** wird deutlich, dass der größte Unterschied im Ansatz besteht, nicht in der Praxis. Die Tagung hat mehr Klarheit gebracht und verbindend gewirkt. Wichtig ist allgemein, (rechtzeitig) miteinander zu sprechen, die gemeinsame Basis zu erkennen und sich vom anderen ernst genommen zu fühlen. Eine Teilnehmerin fühlte sich bestärkt, trotz schwieriger Auseinandersetzungen und Anfragen Gewaltfreiheit als das Ziel, was ich mir gebe, stehen zu lassen. Wir sollten uns der komplexen Realität stellen, ohne das Ziel aus dem Blick zu verlieren. Positiv hervorgehoben wurde, dass durch die Diskussion unterschiedlicher Ansätze wichtige inhaltliche Anregungen kamen. Aus Sicht ihres Geschäftsführers wurde durch die Diskussion die Policy der AGDF generell bestätigt. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Frage der geeigneten Sprache (in Aufrufen etc.) zu kurz gekommen sei. Wie kann etwas verdeutlicht werden, ohne „über das Ziel hinaus zu schießen“? Welche unterschiedlichen Ansätze gibt es? Es wird eine geschärfte Sorgfalt in der Verwendung von Sprache empfohlen.

Als Themen für die Studientagung vorgesehen, aber nicht intensiver behandelt wurden die Fragen, wo gemeinsame Grenzen für politische Bündnisse liegen und wie mit der Förderung durch staatliche Mittel und die daraus entstehende Abhängigkeit umgegangen werden sollte. Auch die Frage vom Verhältnis zu einem auf Mehrheiten setzenden demokratischen System konnte nicht mehr behandelt werden.

Die Studientagung bot vielfache Gelegenheit zum gegenseitigen persönlichen Kennenlernen und zum Verstehen der Haltung der anderen. Besonders intensiv geschah dies im „biographischen Cafe“ am Samstagabend, bei dem die Teilnehmenden in kleinen Gruppen über ihre jeweiligen biographischen Spuren erzählten, die zu ihrer Friedenshaltung geführt haben.

In der Abschlussrunde wurde der AGDF für die Plattform gedankt und allgemein viel Lob und Dank (für Vorbereitungsgruppe, aktive Beteiligung etc.) ausgesprochen. Zudem wurden folgende Aspekte genannt:

- angenehme Atmosphäre, Sensibilität und Behutsamkeit wirkten Dialogfreundlich
- grundsätzliche Differenzen in den Ansätzen (Positionen) sind geblieben, aber das Verständnis füreinander ist gewachsen
- Es muss angesichts der Vielfalt und Komplexität verschiedene Positionen geben, daher war der biographische Ansatz nützlich
- die inhaltliche Schnittmenge ist größer als erwartet und eine stabile Grundlage / großes gemeinsames Haus mit unterschiedlichen Zimmern
- Wir sollten früher über Differenzen reden
- Denkanstöße, wichtige inhaltliche Anregungen bekommen
- spannender Gruppenprozess
- die Art der Auseinandersetzung mit dem Papier von Ullrich Hahn war angemessen

- kleine Gruppengröße einerseits enttäuschend, andererseits von Vorteil
- nehme viel mit für die Initiative „Vorrang für Zivil“
- positiv, dass Trainingsmethoden eingesetzt werden konnten

*Bonn, den 20. Jun. 2008*

*gez. Jan Gildemeister*

**Anlagen:**

- Tagungsprogramm
- Teilnehmendenliste
- Erwartungen der Teilnehmenden
- Impulsreferat von Ullrich Hahn
- Impulsreferat von Ute Finckh

## **Programm**

### **Studientagung „Vorrang – Nachrang – kein Rang? Gewaltverzicht und politische Praxis“ vom 30.05. bis 01.06.2008 in Kassel**

#### **Freitagabend**

18.00/18.30 Uhr – Ankunft u. Abendessen

19.30 Uhr – Begrüßung (Jan Gildemeister)

20.00 Uhr – Kennen lernen, dabei neben Informationen zur Person Austausch darüber, welche Fragen, Anliegen und Erwartungen wir zum Thema mitbringen. Diese werden dann im Plenum zusammengestellt, geordnet und als „Vorgabe“ für das Wochenende visualisiert

#### **Samstag**

09.00 Uhr – Referat und Koreferat in Fortführung der durch die Thesen ausgelösten Diskussion (Ullrich Hahn u. Ute Finckh)

10.00 Uhr – Gruppenarbeit: Mit der Haltung eines Gewaltverzichts in der politischen Praxis

- a. Beispiele aus Bündnisarbeit u. Kampagnen – „Die Stärke der Zahl hat auch schwache Seiten“
- b. Die Sprache von Aufrufen, Resolutionen und Kampagnen – Wirksamkeit versus Legitimation
- c. Wie abhängig wird Zivilgesellschaft, wenn Sie Geld vom Staat bekommt?
- d. Die Polizei als kleinster gemeinsamer Nenner aller Gutgesinnten?

Kaffeepause

11.30 Uhr – Thesen und Fragen aus der Gruppenarbeit im Plenum

12.30 Uhr – 15.00 Uhr Mittagessen und Pause

15.00 Uhr – Konsequenzen unserer Überzeugung für die politische Praxis

- Was sind unsere ethischen Grundlagen?
- Bis wohin gehen wir zusammen?
- Was trennt uns?

(Plenum)

18.00 Uhr – Abendessen

20.00 Uhr – Erzählcafé: Wo und wie haben sich unsere Überzeugungen geformt?

#### **Sonntag**

09.00 Uhr – Wenn Gerechtigkeit und Frieden sich küssen – unsere Visionen einer gewaltfreien Gesellschaft (Impulse von Vertreter/innen beteiligter Organisationen)

10.30 Uhr – Die Ergebnisse des Wochenendes werden gebündelt und verpackt

11.30 Uhr – Auswertungsrunde

12.30 Uhr – Mittagessen

Anlage 2

<b>TeilnehmerInnen</b>	<b>Org.</b>
Jan Gildemeister	AGDF
Ute Finckh-Krämer	Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
Horst Scheffler	AGDF
Rainer Stiehl	Oekumenischer Dienst Schalomdiakonat (OeD)
Ullrich Hahn	Versöhnungsbund
Bernd Rieche	AGDF
Anka Schneider	Versöhnungsbund
Ullrich Finckh	Ev. AG zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern
Christoph Rinneberg	Versöhnungsbund
Ulli Thiel	Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden / GLL
Sonnhild Thiel	Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden / GLL
Hans Schüren	Pax Christi
Michael Mildenerger	(ehem. AGDF Vorsitzender)
Nikolaus Huhn	Versöhnungsbund
Elisabeth Schieffer	Oekumenischer Dienst Schalomdiakonat (OeD)
Sonja Prieps	Oekumenischer Dienst Schalomdiakonat (OeD)

Anlage 3

**ERWARTUNGEN der Teilnehmenden**

Was können Einzelne tun?

Wahrheit + Klarheit in der Sprache	Konflikte ohne Krieg lösen
Bedeutung/Wert radikaler Positionen	Spontane Nothilfe
Weg und Ziel in Übereinstimmung bringen	AGDF: eindeutig für Gewaltfreiheit?
Grenzen von Bündnissen	eine gewaltfreie AGDF
Klarheit, wie hältst du es mit der Nachfolge angesichts herrschender Gewaltverhältnisse	Basistöne AGDF MO mitbekommen
Gewaltlose Mittel politisch wirksam werden lassen	Frage: Bedeutet konsequente Gewaltfreiheit Abschied von pol. Tagesgeschäft
	Wurzeln der Gewaltfreiheit vergewissern <-> politische Lobbyarbeit

Frage nach eigenen Gewaltpotentialen und dem Umgang damit

Konkretisierung von Gewaltfreiheit	Wechselseitige Bestätigung der Gewaltfreiheit
Verständigung über gemeinsame Ziele	Dialog
Legitimität polizeilicher Gewalt	Respekt bzw. Akzeptanz der Position der anderen
Rolle des Rechts?	Andere Meinungen zu "Interventionen" in Gewaltkonflikten hören
	+ zu Gewaltfreiheit im Prinzip

Anlage 4

**Zur Diskussion um die „Thesen zum Gewaltverzicht (vorrangig oder ausschließlich)“**

Referat von Ullrich Hahn

Anknüpfend an drei Begriffspaare will ich auf einige Anfragen reagieren, die mich bezüglich der genannten Thesen erreicht haben.

Vorab sei aber noch einmal klargestellt, dass diese Diskussion auf einer normativen Ebene geführt wird: es geht darum was sein soll, welche Verhaltenweisen wir als legitim ansehen, nicht um eine tatsächlich vorhandene Fähigkeit, in allen Situationen tatsächlich gewaltlos zu handeln.

Deutlich scheint mir auch, dass der angestrebte Gewaltverzicht ein anderes Verständnis von Politik bedingt, als dies üblich ist.

**I. Wahrheit (im Sinne von Wahrhaftigkeit) und/oder Taktik**

Es geht um die Frage, ob bei Verfolgung der politischen Ziele der Friedensbewegung aus taktischen Gründen als extrem empfundene Positionen des Gewaltverzichts zurückgehalten werden müssen, um von politischen Mandatsträgern als Gesprächspartner ernst genommen zu werden.

1.

In der gewaltfreien Tradition gilt die Wahrheit als unabdingbarer Bestandteil einer gewaltfreien Haltung, auch im Sinne einer Offenheit bezüglich der eigenen Ziele und Vorhaben.

Ghandi übersetzte die „Gewaltfreiheit“ deshalb mit „Satyagraha“, dem Festhalten an der Wahrheit.

2.

Wahrheit in diesem Sinne bedeutet auch Widerspruchsfreiheit in Bezug auf die eigene Argumentation.

Es geht darum, keine, im Einzelfall vielleicht passende, Argumente zu verwenden, die im Übrigen meiner eigenen Überzeugung nicht entsprechen.

Hierzu politische Beispiele aus letzter Zeit:

Ich kann die Genehmigung des Exports von U-Booten nach Israel nicht mit der Begründung angreifen, die Regierung solle sich strikt an ihre eigenen Rüstungsexportrichtlinien halten, wenn ich diese Richtlinien wegen der damit zusammen hängenden Legalisierung des Rüstungsexports im Übrigen grundsätzlich ablehne.

Strafanzeigen gegen Regierungsmitglieder wegen deren Unterstützung grundgesetzwidriger Kriegshandlungen mögen zwar pressewirksam sein, widersprechen aber meiner sonstigen Haltung gegen die Kriminalstrafe.

Das Argument, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sei gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, widerspricht meiner sonstigen Haltung in Bezug auf Mehrheitsentscheidungen: Ich widerspreche militärischen Einsätzen auch dann, wenn diese von der Bevölkerungsmehrheit gebilligt werden.

3.

Dies hat auch Folgen für die Sprache:

Wenn es um Recht und Unrecht geht, d.h. auch um Gewissensfragen kann ich nicht den Komparativ nutzen. Das „mehr oder weniger“ ist Ausdruck des Kriteriums der Zweckmäßigkeit aber nicht des Rechts.

Das Gleiche gilt auch für Relativsätze, die eine eindeutig zu treffende Aussage wieder einschränken („Ich kann keine Menschen töten, die meine Freunde sein könnten ...“).

In diesen Zusammenhang gehört auch die Benutzung des Begriffs „Vorrang“ für ein von mir als Recht empfundenen Verhalten.

4.

Ethische Entscheidungen im vorgenannten Sinne verstehe ich nicht als „unnötige Prinzipienreiterei“.

Recht verstanden erinnert Ethik an Lebenszusammenhänge, die im Einzelfall leicht übersehen werden: es geht z.B. beim Festhalten an der Wahrheit um die notwendige Vertrauensgrundlage im Verhältnis der Menschen untereinander, die durch vermeintlich zweckmäßige Unwahrhaftigkeit untergraben wird.

Bei „militärischen humanitären Einsätzen“ geht es auch darum, ihrer Vorbedingungen bewusst zu werden (die Bereitstellung des Militärs, deren Kosten, die Notwendigkeit, stärker zu sein mit der damit verbundenen Aufrüstung etc.) sowie die Signalwirkung militärischer Einsätze (um einen Konflikt in meinem Sinne zu lösen, brauche ich Gewalt).

Solche Zusammenhänge aufzuzeigen, war Absicht der „Thesen“.

## II. Auftrag und/oder Erfolg

1.

Für die gewaltfreie Tradition war spätestens seit Ghandi der Zusammenhang von Weg und Ziel, Same und Baum wesentlich. Die Anfänge dürfen klein sein, aber sie müssen stimmen.

Beispiel für solche Anfänge, die zuletzt zum Zusammenbruch eines ganzen diktatorischen Systems geführt haben, ist Vaclav Havel's Schrift „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ von 1977 (der Gemüsehändler, der es leid ist, politische Propagandatafeln zwischen sein Gemüse zu stellen).

2.

Der Erfolg ist kein Maßstab des Rechts. Natürlich streben wir ihn auch an; er ist uns aber letztlich entzogen und kann nicht die Bedingung für unser Handeln sein (Leonard Ragaz: „Schiele nicht nach dem Erfolg. Arbeit. Der Erfolg ist Gottes.“)

Wir täuschen uns auch zu glauben, dass wir „langfristig das Militär abschaffen“ können im Sinne eines erreichbaren Endzustandes.

Hannah Arendt hat in ihren philosophischen Arbeiten („Vita activa“) darauf hingewiesen, dass politisches Handeln etwas anderes ist als die Herstellung eines Endzustandes.

Wir können z.B. auch das Wissen um die Herstellung von Atomwaffen nicht wieder abschaffen und werden deshalb im besten Falle nur für die Gegenwart die entsprechenden Waffensysteme aus dem Verkehr ziehen.

Wie auch die neue Diskussion um die Folter zeigt, können in jeder Generation schon überwunden geglaubte Fragestellungen neu aufbrechen.

Letztlich ist es für uns entscheidend, auf welcher Seite wir stehen, und das uns mögliche zur nicht aufhörenden politischen Willensbildung beizutragen.

3.

Die Freiheit vom Kriterium des Erfolges ermutigt uns auch, trotz unserer Position als Minderheit politisch tätig zu werden und dabei ganz bewusst die Methoden der Minderheit

einzusetzen: den nicht enden wollenden Dialog mit dem politischen Gegner und die Arbeit am sichtbaren Modell einer konstruktiven Alternative.

Zur Methode der Minderheit gehört es nicht, Mehrheiten zu erringen und damit dann die Anderen zu überstimmen; es geht um die Überzeugung und das Ziel der Übereinstimmung mit der angestrebten gewaltlosen Alternative.

### **III. Kooperation und/oder Differenz**

Hier geht es um die Frage, ob und wie weit wir nicht unter Hintanstellung von Unterschieden für das gemeinsame Ziel zusammenarbeiten müssen.

1.

Zusammenarbeit mit anderen Menschen, Gruppen und Organisationen ist in einer pluralen Gesellschaft auf dem Weg zu angestrebten politischen Zielen selbstverständlich. Wir sind auch nicht die Einzigen auf dem Weg zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Das Wirken der Anderen erlebe ich vorwiegend als Entlastung der eigenen Begrenztheit und kann mich neidlos darüber freuen.

Für die meisten politischen Stellungnahmen und Ideen kommt es auch gar nicht darauf an, wie viele Unterschriften darunter stehen oder wer sich die Idee oder Erklärung „auf seine Fahne schreiben“ kann. Es geht vielmehr um die Inhalte und ihren Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung.

2.

Das Bild vom Weg deutet schon an, dass viele Einzelschritte zum angestrebten Ziel notwendig sind, die als Teilziele verstanden werden können (Ächtung von Landminen und Streubomben, Abschaffung der ABC Waffen).

Wesentlich ist bei den Schritten zu solchen Teilzielen aber, dass sie nicht indirekt oder gar direkt mit einer Legitimation des verbliebenen Restzustandes verbunden sind („es bedarf keiner Streubomben, da andere Sprengbomben für die Wirksamkeit militärischer Einsätze ausreichen“).

3.

In der Regel besteht die Stärke unseres Handelns in der Gesellschaft in unserer Vielfalt und nicht im Gleichschritt einer Kooperation.

Unsere gemeinsame Schnittmenge ist immer kleiner als die Summe unserer individuellen Möglichkeiten.

Es muss auch nicht von Nachteil sein, wenn wir auf eine aktuelle politische Situation mit unterschiedlichen Stellungnahmen reagieren: Im Parallelogramm der Kräfte entsteht aus den unterschiedlichen Impulsen eine mittlere Linie. Wir müssen den sich ergebenden Kompromiss aber nicht in unseren Stellungnahmen schon vorwegnehmen, sondern sollten eindeutig und beharrlich in der Öffentlichkeit zu dem stehen, was unser eigenes Anliegen ist und was verloren geht, wenn wir es nicht unverfälscht zur Sprache bringen.

Anlage 5

## Statement zu den 10 Thesen zum Gewaltverzicht

von Ute Finckh

Als ich zum ersten Mal die 10 Thesen zum Gewaltverzicht gelesen habe, habe ich zunächst überlegt, wie für mich der Begriff Gewaltverzicht definiert ist. Er gehört für mich in die (stark sozialdemokratisch geprägte) Friedenspolitik zur Zeit des Kalten Krieges. Entsprechende Definitionen finden sich noch heute: „Gewaltverzicht war die deutsche Idee im Kalten Krieg. Sie sollte die starke Sowjetunion gegenüber der schwachen Bundesrepublik verpflichten, ihre militärische Überlegenheit nicht anzuwenden.“<sup>6</sup> Dazu kam die Debatte um einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen bzw. die Drohung damit, die besonders intensiv zur Zeit der Proteste gegen den NATO-Doppelbeschluss vom 12.12.1979 bzw. die daraus resultierende Stationierung von Pershing II und Cruise missiles geführt wurde. Dieses Thema wurde im Herbst letzten Jahres in der Friedensdenkschrift der EKD wieder aufgegriffen, es ist in veränderter Form also nach wie vor aktuell.

In diesem Sinne hatte das, was Ullrich Hahn in These 3 konstatiert: „Wer eine wirksame Waffe besitzt, denkt im Konflikt von Anfang an schon an den Einsatz dieser Waffe, auch wenn er sie nicht sofort zieht.“ über mehrere Jahrzehnte eine andere Bedeutung als heute. Die Bundeswehr war bis etwa 1990 eine Armee, deren Aufgabe es war, nicht zum Einsatz zu kommen. Es war die Kultur der gegenseitigen Bedrohung, das Risiko eines Weltkriegs aus Versehen, es waren die Feindbilder, die damals aufgebaut wurden und die direkten und indirekten Kosten der immensen Rüstungsprogramme, die wir zu Recht kritisierten. Hätten wir vor 20 Jahren erwartet, dass das Ende des Kalten Krieges, auf das wir intensiv hingearbeitet haben, dazu führen würde, dass die Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ wird? Ich zumindest habe damit nicht gerechnet.

Hier ist nicht der Ort, um die Geschichte der Bundeswehr-Einsätze seit 1992 nachzuzeichnen. Inzwischen macht sich Ernüchterung breit. Generalinspekteur Schneiderhan weist bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, dass Militär keinen Frieden schaffen kann. Dass Militär eine wirksame Waffe sein könnte, um Konflikte konstruktiv zu bearbeiten oder Frieden zu schaffen, glaubt praktisch keiner mehr. Trotzdem rufen PolitikerInnen immer wieder nach Militäreinsätzen oder begründen, warum diese auf keinen Fall beendet werden können. Diesen Widerspruch sollten wir beharrlich aufzeigen.

Nun ist Ullrich Hahns Hauptthema aber nicht der rein sicherheitspolitisch definierte Gewaltverzicht, sondern die Gewaltfreiheit. „Es geht nicht um ein Mehr oder Weniger, um ein Vorher oder Nachher, sondern um ein Entweder-Oder, um ein gewaltfreies Leben und Handeln statt militärischer und anderer gewaltsamer Methoden in den zwischenmenschlichen und internationalen Beziehungen.“ (These 8). Können wir wirklich trennscharf sagen, ob eine Handlung militärisch bzw. gewaltsam oder gewaltfrei ist? War der Einsatz von Soldaten am Elbedeich während des Hochwassers 2002 ein Gewaltakt? Kann ich mich noch gewaltfrei nennen, wenn ich im Hauptberuf Beschäftigte einer obersten Bundesbehörde und damit Teil des Staates bin? Wir wissen spätestens seit Johan Galtung, dass wir in gesellschaftlichen Strukturen leben, die uns, ob wir es wollen oder nicht, zu einem Teil eines Weltwirtschaftssystems machen, das gegenüber den Menschen in der Dritten Welt extrem gewalttätig auftritt, in den meisten Fällen ohne den Einsatz von Militär. Wo kriege ich fair gehandeltes Benzin oder einen fair gehandelten Computer her? Mit was für Strom fährt der Zug, mit dem ich zu friedenspolitischen Tagungen fahre?

---

<sup>6</sup> Egon Bahr 1999 in einer Analyse der unterschiedlichen Sichtweise der Europäischen Staaten und der USA für die ZEIT ([http://www.zeit.de/1999/25/Das\\_Prinzip\\_Gewaltverzicht](http://www.zeit.de/1999/25/Das_Prinzip_Gewaltverzicht))

Ullrich Hahn hat in seinem Statement, auf das ich mich hier beziehe, neben gewaltfrei – gewaltsam drei weitere Gegensatzpaare formuliert:

Wahrheit vs. Taktik  
Auftrag vs. Erfolg  
Kooperation vs. Differenz.

Ich möchte zu allen drei Begriffspaaren etwas anmerken.

Für jeden Menschen stellt sich die Wahrheit etwas anders dar. Zentraler Bestandteil jeder konstruktiven Konfliktbearbeitung ist es, die Wahrheit des oder der jeweils anderen zu respektieren. Das hat nichts mit Taktik zu tun, trotzdem relativiert sich dadurch meine eigene Wahrheit. Möglicherweise verändert sie sich in diesem Prozess auch. Für mich ist es, anders als es Ullrich Hahn für sich selber formuliert, auch durchaus wichtig, in meiner politischen Arbeit Erfolge zu erzielen. Natürlich nicht dadurch, dass ich meine Ziele dem anpasse, was realisierbar erscheint, sondern indem ich herauszufinden versuche, welche konkreten politischen Forderungen Schritte in die richtige Richtung sein könnten und mich dann auf die konzentriere, die ich zum jeweiligen Zeitpunkt für durchsetzbar halte. Das erfordert einen langen Atem und viel Geduld. Und schließlich setze ich eher auf gezielte Kooperation als auf das Betonen von Differenzen.

Es gibt viele Forderungen, die weit über die klassische Friedensbewegung hinaus akzeptiert sind. Es gibt breite Konsense gegen den Einsatz oder sogar gegen den Besitz von ABC-Waffen. Das vollständige Verbot von Landminen und Streubomben scheint zwar nicht sicher, aber doch denkbar. Rüstungsexporte werden breit kritisiert. Deutschland und andere europäische Länder haben sich 2003 geweigert, Truppen für den Irakkrieg zur Verfügung zu stellen. In all diesen Bereichen ist zwar noch ein weiter Weg zu gehen, aber die Richtung stimmt. Für Kooperationen gibt es für mich zwei entscheidende Fragen: Ist die politische Forderung, die gemeinsam gestellt wird, ein Schritt in die richtige Richtung? Wenn ja, besteht die Gefahr, dass sie mir andere Wege verbaut oder nicht? Es kann manchmal sinnvoll sein, nur einen Minimalkonsens zu formulieren, um keine Forderungen mittragen zu müssen, die aus eigener Sicht kontraproduktiv sind.

Wir wissen ja sehr genau, dass Frieden kein Zustand, sondern ein Prozess ist. Dasselbe gilt für Abrüstung, und es gilt auch für Konflikttransformation unterhalb der Ebene militärischer oder sonst wie physisch manifester Gewalt. Ein Weg ist durch Zwischenschritte charakterisiert, ein Prozess durch Zwischenziele. Not, Unfreiheit und Gewalt sind meist eng miteinander verknüpft. Sie lassen sich weder alle drei auf einen Schlag abschaffen noch jeweils einzeln betrachten. Wie können Prozesse zur synchronen Reduzierung von Not, Unfreiheit und Gewalt angestoßen oder gefördert werden? Welche Mittel sind dafür tauglich, welche Akteure können diese Prozesse vorantreiben oder aber behindern?

Wir haben in der Friedensbewegung nicht nur gelernt, dass Frieden ein Prozess ist. Wir haben auch gelernt, dass eine erfolgreiche Konflikttransformation bedeutet, dass die Konfliktbeteiligten sich darauf einlassen, die Beweggründe der anderen Beteiligten, ihre Anliegen und Bedürfnisse wahrzunehmen und ernsthaft zu prüfen, was davon berechtigt ist, wenn sie sich zumindest versuchsweise auf die Perspektive der anderen einlassen. Jede(r) von uns kennt Menschen, die ursprünglich unsere pazifistischen Positionen teilten und auf Grund der Ereignisse in Bosnien-Herzegowina oder angesichts der Menschenrechtsverletzung im Kosovo zu BefürworterInnen militärischen Eingreifens geworden sind. Wie gehen wir unter Berücksichtigung unserer eigenen Prinzipien mit diesen Menschen um? Was hat sie zu ihrem Umdenken bewogen? Nehmen wir sie so ernst, wie wir umgekehrt von ihnen ernst genommen werden möchten? Was geht in einem jungen Mann vor, der als freiwillig längerdienender Wehrpflichtiger oder als Zeitsoldat in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo oder in Afghanistan war oder ist? Warum stimmen Abgeordnete der SPD oder der Grünen für Rüstungsexporte oder Militäreinsätze, die von der Mehrheit der Mitglieder ihrer Parteien abgelehnt werden? Wenn ich mit PolitikerInnen diskutiere und feststelle, dass sie wie ich – allerdings von anderen Grundpositionen aus - einen finanziellen und personellen "Vorrang für Zivil" für einen Schritt in die richtige Richtung halten, darf ich diesen Schritt dann mit ihnen gemeinsam

gehen oder muss ich sagen: "Ich arbeite mit niemandem zusammen, der meine Grundposition nicht vollständig teilt?" Wenn es 1998 genug OSZE-BeobachterInnen gegeben hätte, vielleicht sogar mit einer Ausbildung, wie sie das ZIF, die schwedische Folke-Bernadotte-Akademie inzwischen anbieten oder gar als ausgebildete Friedensfachkräfte, hätte es einen Ausweg aus dem Dilemma gegeben, das heute von vielen damals beteiligten Grünen als „Wahl zwischen zwei falschen Alternativen“ bezeichnet wird (wobei wir inzwischen wissen, dass sie ihre Entscheidung auf Grund gezielter Falschinformationen getroffen haben, aber das nur nebenbei). Ich vermute, dass der Kosovo-Krieg mit dem heutigen Instrumentarium zivilen Eingreifens hätte verhindert werden können, weil wir den maßgeblichen politischen Akteuren einen auch aus ihrer Sicht praktikablen dritten Weg hätten aufzeigen können. Die Suche nach kreativen dritten Wegen, die etwas qualitativ Neues darstellen, ist für mich das Reizvolle am Aufeinandertreffen verschiedener Positionen. Es setzt voraus, dass verschiedene Positionen explizit ausformuliert werden, so wie es Ullrich Hahn mit seinen „10 Thesen zum Gewaltverzicht“ gemacht hat.

Als wir im BSV-Vorstand vor gut einem Jahr die Idee für „Vorrang für Zivil“ formulierten, hatte ich keine Ahnung davon, welche Diskussionen wir mit dem Begriff „Vorrang“ auslösen würden. Aber unter dem Strich ist herausgekommen, dass die, die sich für dieses Projekt zusammen gefunden haben, sorgfältiger nachgedacht und formuliert haben als das ohne die kritischen Rückfragen der Fall gewesen wäre, und dafür bin ich dankbar. Wir haben das Konzept für „Vorrang für Zivil“ in diesem Frühjahr verändert, weil sich eine klassische Kampagne nicht als realisierbar erwies. Stattdessen zeichnet sich etwas ab, was als eine Art gemeinsames Dach für gleichgerichtete Aktivitäten verschiedener Gruppen bezeichnet werden könnte. Die Grundidee ist, das Gemeinsame vieler verschiedener Aktivitäten im Bereich ziviler Krisenprävention/gewaltfreier Konflikttransformation sichtbar und sie damit wirksamer zu machen. Alle Organisationen, die Materialien, Veranstaltungen usw. in ihrem Programm haben, die zu „Vorrang für Zivil“ passen und die bereit sind, sie unter dieses Motto zu stellen, sind herzlich dazu eingeladen.